

Nr. 7

Eigentum des
Stadtarchivs Heilbronn

Inmitten eines sozialen Chaos kann persönliche Freiheit nur in geringem Umfang oder überhaupt nicht bestehen; und dort, wo das soziale Chaos durch die Intervention einer mächtigen zentralisierten Exekutive in Ordnung umgewandelt worden ist, besteht die ernste Gefahr des Totalitarismus. Wegen des immer wachsenden Druckes der Bevölkerung auf die wirtschaftlichen Hilfsquellen ist das 20. Jahrhundert das goldene Zeitalter der zentralistischen Regierungen und der Diktatur geworden; es hat die allgemeine Wiedergeburt der Sklaverei erlebt, in die politisch Andersgläubige, besiegte Völker und Kriegsgefangene gezwungen werden ...

Aldous Huxley

Frida



Oktober

'85

Hallo Heilbronner Friedensgruppen,

Für all diejenigen, die nicht zum Koordinationsausschuß am 26. September kamen, hier kurz das Hauptthema des Abends: Wie gestaltet wer wo den 11. Januar 1986?

Mögliche Themenvorschläge, die in den Friedensgruppen noch konkret besprochen werden müßten, waren u.a.

- Was geschah im letzten Jahr ...
- Wie wird der 11. Januar 1987 aussehen ...

Das nächste Treffen ist am 24.10.

um 19.30 im Wilhelm-Waiblinger-Haus

Fridaliche Grüße

Inhaltsangabe:

	Seite
Gedanken zum Tod von Günter Sare	3
Langer Atem für Blockierer/innen	4-6
Raketen im Mainhardter Wald	7
Verweigerungskampagne Teil VII	8-12
Friedenswoche	13
Wer nötigt hier wen?	14-17
Arche-Prozeß	18-20
Alternativen zur Rüstungsproduktion	21-24
Bericht Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze	25-28
Südafrika	29-30
Termine	31

Impressum:

Dieser Rundbrief wird in einer Auflage von 200 Stück vom FRIDA-Büro an Friedensgruppen und Einzelkämpfer/innen verteilt.

Spendenkonto: Kreissparkasse Heilbronn
Kto.Nr. 385 440 S.Junkert

Fr
rida
Friedensbüro HN
Werderstraße 142
7100 Heilbronn
Tel. 07131/85371

TRAUER UM GÜNTER SARE

oder

Weimar läßt grüssen

Am 28.9.85 fand in Frankfurt ein sogenannter Landesparteitag der neofaschistischen NPD statt. Eine sogenannte legale Partei, die eindeutig in der Tradition des Dritten Reiches steht, und somit laut Artikel 139 des Grundgesetzes zu verbieten wäre.

Menschen, die aus der deutschen Geschichte gelernt haben und begriffen haben, was Faschismus Krieg bedeutet, protestieren gegen die Zusammenrottung dieser alten und neuen Nazis.

Wie schon so oft, geht die Polizei (oder soll man lieber sagen "die staatliche Schlägertruppe") gegen die Antifaschisten vor. Günter Sare wird von einem Wasserwerfer überfahren!!

Trotz des Todes von Günter Sare bleiben die Polizeibeamten weiterhin im Dienst, trotz des Todes von Günter Sare wird offiziell nur von den zerstörten Fensterscheiben gesprochen, trotz des Todes von Günter Sare laufen die Schuldigen noch frei herum, trotz des Todes von Günter Sare wird übersehen, daß hier Polizei und Faschisten gemeinsame Sache machen, trotz des Todes von Günter Sare geht alles seinen gewohnten Gang - dementieren- herunterspielen-verharmlosen-Zusammenhänge verdecken !!

Gewalttäter werden in den Medien diejenigen genannt, die aus der Geschichte gelernt haben, mit rechtsradikalen Schlägertrupps in den Fußballstadien werden die Opfer von Frankfurt verglichen !!

Vor dieser bürgerlichen Schizophrenie kann man nur Ekel und Abscheu empfinden!!

Die Täter gehen wie so oft als brave Bürger ihres Weges. Wir klagen an die Gesellschaft, die aus dem Dritten Reich nichts gelernt hat. Wir klagen an all diejenigen, die im Zusammenhang mit der NPD von Meinungsfreiheit sprechen. Wir klagen an die Bundesrepublik, die auf dem rechten Auge blind ist! Wir klagen an diejenigen, denen Fensterscheiben mehr wert sind als ein Menschenleben! Wir klagen an all diejenigen, die sich direkt oder indirekt diesem System zur Verfügung stellen!

Blockierer die auf der Waldheide fräedlich gegen die Stationierung von Pershing II Rake ten kämpfen werden mit Strafanzeigen wegen Nötigung verfolgt, weil ihr Verhalten "verwerflich" sei. Uniformierte, die bewußt einen Menschen töten, werden nicht einmal vom Dienst suspendiert.

Zucht und Ordnung lassen grüssen.

Wir werden unsere Trauer in Wut verwandeln,
wir werden Euch mehr als bisher die Stirn bieten,
wir verwandeln unsere Angst in aktiven Widerstand,

wir werden nicht zulassen, daß sich die Geschichte wiederholt,

Im Sinne Günter Sare's kämpfen wir weiter,
kommt auf die Waldheide und zeigt, daß wir uns auch durchbord nicht
eingschüchtern lassen

Aktionswochenenden auf der Waldheide

Gedanken zu den Problemen des langen Atems für Blockierer.

Hols der Teufel! Das erste halbe Jahr einer Blockade ist nun wirklich leichter als jedes folgende. Besonders, wenn man angefangen hat in einer Stimmung, in der so viele Leute ihren gerechten Zorn auch deutlich zeigen wollten, mitmachen, ermunterten. Viel warmes Schulterklopfen mit heißem Kaffee bei Frostgraden. Das WARUM, das WIE und WIE-OFT trat zurück in diesen Zeiten hinter dem spontanen Ernst: Jetzt muß was geschehen! Das war 'ne heiße Februar- und Märzzeit trotz Regen, Schnee und alledem!

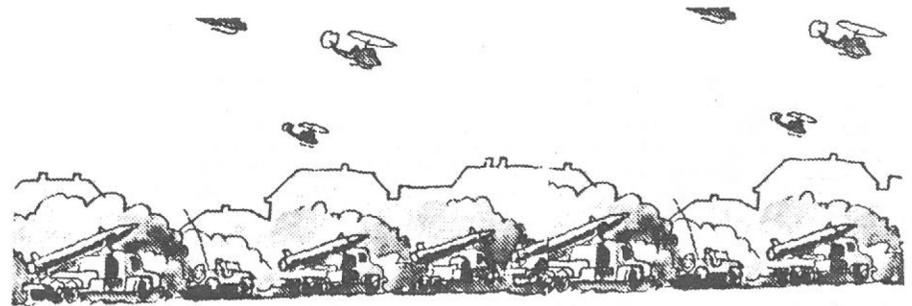
Nein, gestorben ist die Blockade auf der Waldheide auch jetzt noch nicht. Aber es kostet Mühe, viel mehr Mühe, weiterzumachen. Zwar weiß der Kopf genau: geändert hat sich noch nichts da oben auf der Waldheide und da oben in den Regierungs- und anderen Hauptquartieren. Die Bedrohung des Lebens ist noch genauso akut wie unmittelbar nach dem Unfall am 11. Januar. Aber welche noch so tapfere Blockiererseele hält das schon auf lange Zeit aus, täglich und stündlich dieses gräßliche Gefühl unermüdlich in Zeit und Nerven raubenden Widerstand umzusetzen? Der gewaltsame Übergriff der Staatsgewalt auf unsere Körper und Seelen hat schon Narben hinterlassen, schlechte Träume und Ängste vor weiteren Folgen. Stärker wird die Sehnsucht nach Pausen für die Gedanken, für die Gefühle. Stärker wird der Wunsch, sich nicht ständig den vielen äußeren und inneren Fragen stellen zu müssen:

Hat die Blockade noch einen Zweck? Reiben wir uns nicht sinnlos auf? Sind wir nicht längst isoliert mit unseren Aktionen auf der Waldheide?

Was werden die Prozesse bringen, wirklich Signale für andere Menschen? Sind wir vielleicht sogar manchmal selbstgefällige Romantiker?

Diskussionen mit Kritikern der Blockade gehen allenfalls noch: da haben wir doch in der langen Zeit schon gelernt, unsere Überzeugung in Worte zu fassen. Noch mehr plagen diese Fragen, wenn wir sie dauernd als eigene Fragen uns selbst beantworten müssen. Werden wir nach weiteren langen Monaten, wenn unsere Prozesse kommen, wirklich noch mit der vollen frischen Überzeugungskraft jener eiskalten Frühjahrstage sagen können: „Hier stehe ich - ich kann nicht anders!“?

Der ausgesprochene Zweifel lähmt weniger als mühsam unterdrückter. Deshalb nenne ich hier alle diese Probleme. Trotz alledem: Es gibt immer noch viele Leute, die immer wieder nach kürzeren oder längeren Pausen all diesen Zweifeln das ICH-KANN-NICHT-ANDERS entgegenhalten müssen, können. Sie machen weiterhin durch ihre Anwesenheit auf der Waldheide ihren Widerstand gegen Zerstörung und Machtherrschaft mit ganzer Person gegenwärtig. Für die einzelnen ist es dabei eine ungeheure Ermutigung gerade auch die anderen, denen es ähnlich geht, zu sehen, mit ihnen zusammen Lebensgegenwart zu fühlen und zu zeigen.



Aus diesen Erfahrungen heraus entstand der Plan der Aktionswochenenden auf der Waldheide. Das vierte Wochenende jedes Monats soll in nächster Zeit für solche Ermutigungsblokkaden da sein. Die Zeit dafür kann jeder einzelne dann schon rechtzeitig einplanen. Diejenigen, die immer wieder zäh allein oder zu wenigen vor den Toren stehen, können sich dabei wieder einmal zusammenfinden. Da können auch die kommen, deren Zeit zwischendrin nicht ausreicht oder deren seelische Kräfte durch kleine Einzelblockaden überstrapaziert wurden. Neuinteressierte können dazustoßen und sich informieren. Und schließlich: die Drahtzieher und die Angestellten der Kriegsmaschinerie können von Zeit zu Zeit mal wieder stärker spüren, daß man mit uns weiterhin rechnen muß.

Ein solches Aktionswochenende im September, das als Auftakt für die Nachferienzeit gedacht war, haben wir bereits erlebt. Es waren nicht gerade „die Massen“, die auf die Waldheide strömten; aber immerhin waren doch erfreulich viele da, und es wurde rund um die Uhr blockiert. Für mich brachte dieses Wochenende außer der freudigen Erfahrung von Zusammenhalt und gute alter Blockade-Freundschaft zwei wichtige Erkenntnisse.

Die erste kam durch das Verhalten der Polizei. Offensichtlich wird inzwischen generell an die Polizisten die Direktive ausgegeben, Blockierern sehr schnell Polizeigewahrsam anzudrohen. In einigen Fällen wurde dieser Gewahrsam vorher schon wirklich verhängt. Das war für die Betroffenen eine harte, sehr demütigende Erfahrung. Andererseits zeigt sich sehr deutlich, daß man zu diesem Mittel greift, weil man die Blockierer durch Festnahmen und Anzeigen bisher nicht genügend einschüchtern konnte. Immer wieder fanden sich „Wiederholungstäter“. Ein Einsatzleiter, der an diesem Wochenende erfreulich offen mit uns über die rechtliche Situation diskutierte, betonte immer wieder, daß dieser Gewahrsam den Sinn habe, Wiederholungsblokkaden zu vermeiden. Man schätzt uns also offensichtlich als sehr zäh in unserem Widerstandswillen ein. Man nimmt uns ernst. Und genau das wollen wir ja schließlich!

Die zweite Erkenntnis ergab sich aus der Diskussion der Blockierer untereinander.

Es besteht ein starkes Bedürfnis, eine gewisse Isolierung unserer Widerstandsform zu durchbrechen, der Wunsch unsere Anti-Raketen-Aktionen inhaltlich und personell zu verbinden mit Aktionen gegen andere Formen der Lebensbedrohung. Folgendes Beispiel wäre eines von vielen möglichen Vorschlägen: Vielleicht könnten wir an einem Wochenende einmal gemeinsam gegen Krieg und Waldsterben (auch ein Ergebnis des Dauerkriegs gegen das Leben) protestieren. Wir könnten Informationen zu beiden Themen an einem Stand in der Fußgängerzone weitergeben. Dann könnten wir Samstag mittag einen demonstrativen Spaziergang von der Stadt auf die Waldheide anschließen um dort dann weiter zu protestieren.

Es gibt leider noch unzählige viele Themen, bei denen wir den Krieg gegen das Leben anprangern müssen. Vielleicht gewinnen wir durch die inhaltliche Öffnung dann aber auch noch mehr Leute, die bereit sind, für ihre Sehnsucht nach Frieden etwas zu tun. Sehnsucht nach Frieden ohne Raketen, ohne Tieffliegerlärm, ohne verseuchtes Wasser, ohne Pseudokrapp bei kleinen Kindern, ohne Städte, die uns wie Betongefängnisse umgeben, ohne Gift im Essen, ohne Staatsgewalt gegen lebenswillige Bürger ...ohne... ohne. Es gibt viel zu tun - machen wir weiter!

-- KEINE REAKTION --

Am Samstag 21.9. "besichtigte" Petra Kelly und Gerd Bastian auf Einladung der Grünen HN die Waldheide. Nach dem Aufruf, auch weiterhin Ziviler Ungehorsam und gewaltfreien Widerstand zu üben, ließen sich Petra Kelly und Gerd Bastian sowie einige andere Grüne nieder und blockierten Tor I. Einige Blockierer/innen blockierten zu gleicher Zeit Tor II. Gegen 17 Uhr kam es dann dort zu den ersten Räumungen, wobei die Polizei auch vor Fußritten nicht zurückschreckte. Nachdem die Polizei ohne Aufforderung und mit Gewalt die Blockade geräumt hatte, wurde dies an Tor II übermittelt. -- Keine Reaktion --

Nach dieser Räumung gab der Einsatzleiter die Anweisung die Schlagstöcke aufzunehmen. Mit diesen am Gürtel ging dann die nächste Räumung vonstatten. Es gab wieder Fußritte, Arme und Beine wurden gezogen und gedreht... Von Tor II kam wieder -- Keine Reaktion -- Obwohl die Leute am Tor I mehrmals versuchten auf die Räumungen aufmerksam zu machen.

Das Ergebnis der Räumungen war: körperliche und seelische angehaunene/leiderte Blockierer/innen.
Die REAKTION der örtlichen Presse tags darauf: alles Friede Freude Eierkuchen, es gab keine Räumungen laut Stuttgarter Polizeipräsidentium!
UNSERE REAKTION: Solange wir noch leben, geht der Widerstand gegen den geplanten Mord an Millionen weiter, egal wie hart die Polizei das nächste Mal zuschlägt.

Reaktion eines Blockierers

Raketen im Mainhardter Wald ?

Am 7. Mai '85 berichtet uns ein Holzrucker, daß in dem Wald zwischen Neuwirtshaus und Gleichen die US-Army Stellung bezogen hätte.

2 Leute von uns fahren sofort hin, finden auch den Platz und werden von 2 GI's gestoppt, mit dem Hinweis, dies seien Manöver. Der Platz liegt so ideal an einem breiten Waldweg, der in eine Sackgasse mündet und er ist leicht kontrollierbar, da er zu drei Seiten abschüssig ist. Fahrzeuge können wir leider nicht genau erkennen. Am nächsten Tag sind sie wieder weg, hinterlassen einigen Müll und ausserdem viele Reifenspuren, die Spuren der MAN-Transporter sind gut zu erkennen, wir machen einige Fotos von ihnen.

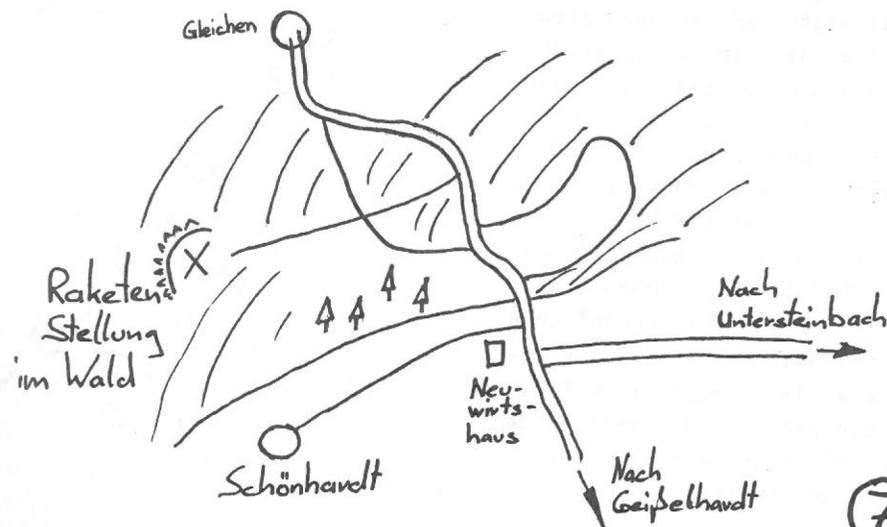
Wir beschließen, uns genau zu informieren, ob dies die Pershing-Einheit war und den Platz ab und zu zu kontrollieren. Im Juni sind wir wiederrum für eine Nacht hier, am 23.7. ebenfalls und an diesem Tag machen wir in aller Eile ein Flugblatt, verteilen es an die Bevölkerung. Wir laden darin zu einer Besichtigung am nächsten Tag ein. Circa 30 Leute kommen, aber die Einheit ist schon wieder weiter.

Wir haben nun beschlossen, falls sie wieder auftauchen:

1. Ein englisch geschriebenes Flugblatt an die GI's zu verteilen (um ihnen klarzumachen, daß sie auch hier nicht erwünscht sind)
2. Die Bevölkerung zu benachrichtigen und möglichst noch am selben Abend mit vielen Leuten zu dem Platz zu gehen.

Ausserdem versuchen wir, weitere Plätze ausfindig zu machen, vorallem welche, die direkt auf Mainhardter Gemeindegebiet sind.

Friedensgruppe Mainhardt



⑥

⑦

MILITARISIERUNG DES BILDUNGS- WESENS

SCHULE UND BUNDESWEHR Die Zusammenarbeit Schule-Bundeswehr beginnt auf der höchsten Ebene: zwischen Verteidigungsministerium (BMVg) und Kultusministerkonferenz (KMK). 1959 beschlossen KMK und BMVg gemeinsam: Jugendoffiziere dürfen in Schulen. Damit haben die Kultusminister dem Militär die Schultüren geöffnet. Immer, wenn nach Ansicht der Militärs der "Verteidigungswillen" der Jugend sank und die Kritik an der Hochrüstung zunahm, wendet sich das BVMg an die Kultus-

SCHLACHTFELD SCHULE Der größte Teil der Bevölkerung und insbesondere Jugendliche lehnen jegliche Kriegsvorbereitungen, Pläne für den Einsatz atomarer Waffen usw. ab. Im Amtsdeutsch wird dies mit "Legitimationskrise der herrschenden Sicherheitspolitik" umschrieben. Es ist klar, daß die Raketenpolitiker dies nicht hinnehmen können und auf Abhilfe sinnen, können sie doch ohne Zustimmung der Bevölkerung ihre Pläne nicht verwirklichen. Am wichtigsten ist ihnen dabei die Zustimmung der Jugendlichen. Bereits seit Jahren gibt es einen starken Einfluß des Militärs auf die Schulen, der aber in den letzten Jahren um einiges verstärkt worden ist.

8

minister: Sie sollten dafür sorgen, daß in den Schulen die "richtige" Einstellung zum Militär eingetrichtert wird und daß die Zahl der Kriegsdienstverweigerer möglichst gering bleibt. Das war 1959 so, dann während der Studentenbewegung 1968 und 1971 und schließlich 1980, als die Friedensbewegung stark wurde. Der Erlaß des baden-württembergischen Kultusministers, Mayer-Vorfelder, besagt, daß im Schulunterricht die Notwendigkeit der Bundeswehr zur Friedenssicherung immer wieder hervorzuheben sei und die Aufgaben der Soldaten als solche benannt werden sollen. Der Kultusminister empfiehlt Jugendoffiziere in den Schulunterricht einzuladen. Dagegen können Friedensbewegte oder Kriegsdienstverweigerer nur zu außerschulischen Veranstaltungen eingeladen werden. Die Bundeswehr beurteilt die Zusammenarbeit mit den Kultusministerien als sehr gut bis gut. Auch auf Schulbücher nimmt die Bundeswehr Einfluß, indem sie mit dem Verband der Schulbuchverleger zusammenarbeitet. Das heißt: Noch ehe nur ein Jugendoffizier in die Schule kommt, ist die Bundeswehr bereits vertreten: in Richt-



linien, Schulbüchern, Materialien, Erlassen usw.. Die wichtigste Zielgruppe in Schulen für das BMVg sind die Lehrer. Als "Multiplikatoren" können sie beständig und auf ganze Generationen von Schülern einwirken. Auch hier versucht die Bundeswehr früh anzusetzen: in der Lehrerausbildung, den Prüfungsverordnungen und im Referendariat. Dazu das BMVg: "Erste Versuche, an der Aus- und Weiterbildung von Referendaren beteiligt zu werden, hatten Erfolg. Das BMVg beabsichtigt, diese Bemühungen zu intensivieren. Sie bietet die Möglichkeit, frühzeitig fehlendes Basiswissen zu vermitteln und auch jene Personen zu erreichen, die anders nicht ansprechbar sind. Über die Prüfungsordnungen erscheint hier eine generelle Besserung erreichbar und sehr wünschenswert. Hier kann mit geringem Aufwand langfristig ein bleibender Erfolg erzielt werden."

9

SOZIALABBAU UND MILITARISIERUNG
 Militarisation bedeutet, das Bewußtsein von Schülern und Lehrern in den Griff zu bekommen. Militarisation bedeutet auch: jede Mark, die in Rüstung oder Propagandamaterial gesteckt wird, wird bei den Sozialausgaben gestrichen. Gerade in den letzten Jahren erleben wir, wie diese Form der Militarisation zunimmt. Schüler-BAFÖG wird gestrichen, Schulen werden aufgelöst, Lehrer bleiben arbeitslos, Büchergeld, Fahrtzuschüsse, Milchgeld... fehlen, aber Tornados, Panzer, Raketen werden angeschafft. Statt Lehrstellen für Jugendliche werden Soldaten finanziert.

JUGENDOFFIZIERE

verkörpern die Militarisation in Schulen, auch wenn sie sich gern als "Fachmann für Sicherheitspolitik" ausgeben, der den Lehrer unterstützt.

Jugendoffiziere (jetzt gibt es 65 hauptamtliche und 590 nebenamtliche) gehen nicht nur in den Unterricht, sie machen auch Seminare für Lehrer, erstellen Unterrichtshilfen, stellen Kontakte her zu Schulräten, Lehrerkollegien, Hochschulen. Dieser zweite Bereich der Arbeit, mit "Multiplikatoren" wird ausgeweitet.

Wer jetzt die Raketenstationierung rechtfertigt - wie es eine der Hauptaufgaben der Jugendoffiziere zur Zeit ist - unterstützt damit Kriegsführungspläne.

Wer jetzt militärische Lösungen z.B. Grenada oder Nicaragua verteidigt - wie die Jugendoffiziere es tun - der kann nicht glaubhaft gegen militärische Lösungen in Europa sein.

Wer jetzt das Feindbild Antikommunismus propagiert, der leistet dem Kalten Krieg und seinen möglichen Folgen Vor-

schub.

Wer jetzt Aufrüstung verteidigt, der verhindert den notwendigen Prozeß der Entspannung und Abrüstung; er unterstützt damit den Sozialabbau.

Wer nicht will, daß Schule einseitig für militärische Propaganda durch Raketenpolitiker mißbraucht wird, der verweigert den Besuch des Jugendoffiziers: er läßt ihn nicht ein.



PÄDAGOGEN VERWEIGERT EUCH!

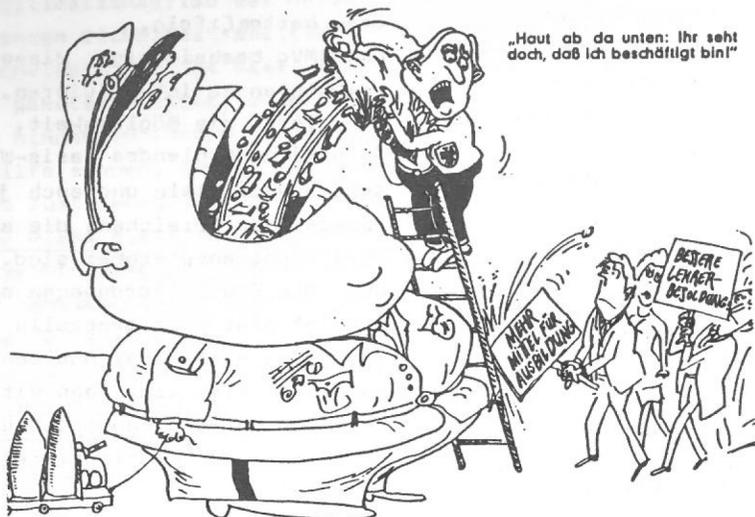
Wenn wir im Unterricht von unseren Schülern ernst genommen werden wollen, wenn wir gesellschaftlich-politische Zusammenhänge nicht in reinen Informationsstunden einfach abhandeln, sondern darüberhinaus auch Handlungsmöglichkeiten anbieten wollen, wenn wir den eigenen Arbeitsplatz begreifen wollen als Möglichkeit, über die Vorgabe von Informationen hinaus das Erlernen kritischen Reflektierens und Handelns als übergeordnete Lernziele in den Vordergrund zu stellen - dann kann dies nur bedeuten:

- Ein Lehrer muß durch seine eigenen Handlungsweisen Glaubwürdigkeit „leben“,
- die Handlungen müssen im Zusammenhang stehen mit der kritischen Bewertung politischer Realitäten, bzw. sich daraus ableiten,
- Unterrichtsinhalte müssen abgeklopft werden auf die Prämisse, zum Frieden und zum friedfertigen Handeln zu erziehen, und das Erklären von Wirklichkeit darf nicht verharren in der plumpen Übernahme von restriktiven Bewertungsschemata.

So sollten wir uns alle fragen lassen, ob unsere eigene Einstellung nicht auch Unterrichtsgegenstand werden muß, wenn wir im schulischen/universitären Vermittlungsprozeß unseren Schülern/Studenten den Umgang mit dem Erlernten abverlangen.

Hieraus ergeben sich Konsequenzen:

1. Wir dürfen nicht länger in unseren Klassenzimmern verschwinden. Wir müssen unsere Einsichten über die möglichen-tödlichen Folgen der Ziele der Abschreckungs- und Erstschlagsdoktrinen nach Außen tragen. Und dies auch dann, wenn damit disziplinarrechtliche Konsequenzen verbunden sind. - Die Frage ist doch, was uns unsere finanzielle Arbeitsplatzsicherung bedeutet in Zeiten existentieller Bedrohung. Zudem beidem zu begegnen ist:
 - der finanziellen/disziplinarrechtlichen Bedrohung können wir begegnen in solidarischem Zusammenschluß,
 - der existentiellen Bedrohung können wir begegnen mit echtem Engagement, das wir innerhalb dieser Solidargemeinschaft nach Außen hin erkennbar machen.
2. Unsere Handlungsweisen als Pädagogen müssen ausgerichtet sein auf einen Friedensbegriff, der nicht nur Leben ohne Krieg bedeutet. Vielmehr müssen wir die Formen von Gewalt in unserem täglichen Leben erkennen, erklären und überwinden.



„Was wir brauchen, sind Soldaten, welche die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates mit der Waffe verteidigen, und keine Bubis, die nach dem Sinn jedes Befehls tragen!“

ALS LEHRER FÜR DEN FRIEDEN FORDERN WIR DESHALB ALLE PÄDAGOGEN AUF, SICH ZU VERWEIGERN!

Und Verweigerung bezieht sich dabei auf vielerlei gesellschaftliche Bereiche.

DESHALB SAGEN WIR:

- Wir lehnen einen Wehrkunde-Unterricht im Sinne einer versteckten oder offenen Werbung für die Bundeswehr ab. Stattdessen müssen wir in einem solchen Unterricht aufklären über die fortschreitende Militarisierung unseres Lebens und unserer Umwelt.
- Wir müssen im Unterricht Themen behandeln, die geeignet sind, Kinder und Erwachsene zum Frieden zu erziehen. Wir müssen Betroffenheit über die Raketenstationierung erzeugen helfen, den Zusammenhang von Rüstung und Krieg erklären und die Rüstungspolitik ablehnen. Wir müssen Möglichkeiten der Gegenwehr mit unseren Schülern erörtern. Wir müssen über die Alternativen zu Bundeswehr und NATO informieren und andere Möglichkeiten der Friedenssicherung erklären. Wir müssen den Zusammenhang aufzeigen von Umweltzerstörung, Hunger und Sterben in der „Dritten Welt“ und der Arbeitslosigkeit bei uns auf der einen Seite und der gegenwärtigen Rüstungspolitik auf der anderen Seite.
- Wir müssen uns weigern, Unterrichtsinhalte zu behandeln, die die Ursachen von Krieg verdecken, rechtfertigen oder verharmlosen.
- Wir müssen uns deshalb auch der geforderten Ausgewogenheit verweigern. Und vielmehr Partei ergreifen. Und dieses Partei-ergreifen bezieht sich auf alle Unterrichtsfächer. Zum Beispiel:
 - Im Lateinunterricht sollten wir nicht die Eroberungskriege Caesars verharmlosen, sondern sie ablehnend klassifizieren.
 - Im Deutschunterricht sollten wir nicht problemverdeckende Literatur behandeln, sondern viel mehr Trümmertexte lesen.
 - Im Englischunterricht sollten wir nicht die Eroberung des amerikanischen Westens mit Pioniergeist umschreiben, sondern vielmehr die Ermordung ganzer Völkerstämme damit in Verbindung bringen.
 - Im Mathematikunterricht sollten wir nicht Formeln unhinterfragt gleichsetzen mit technischem Fortschritt, sondern vielmehr die Zusammenhänge zur Rüstungsindustrie aufzeigen.
 - In Geschichte/Politik sollten wir Kriege nicht als Naturereignisse abhandeln, sondern sie vielmehr in den Zusammenhang zu politisch-ökonomischen Interessen der Herrschenden stellen.
 - In Biologie sollten wir nicht die Schönheiten der Tier- und Pflanzenwelt behandeln, sondern vielmehr den Zusammenhang zwischen Rüstung und Umweltzerstörung erklären.
 - Im Chemieunterricht sollten wir nicht nur die Fortschritte der Wissenschaft loben, sondern vielmehr die Folgen einer Atombombenexplosion behandeln.
 - Im Sozialwissenschaftlichen Unterricht sollten wir nicht nur Schichtenmodelle diskutieren, sondern vielmehr gesellschaftliche Gewaltstrukturen aufzeigen.
 - Im Sportunterricht sollten wir nicht primär den Kampfsport herausbilden, sondern vielmehr das Miteinander als Lernziel anstreben.
 - In der Medienkunde sollten wir den Umgang mit Computern nicht nur von der technischen Handhabbarkeit aus vermitteln, sondern vielmehr die Möglichkeiten aufzeigen, Wirklichkeit erfahrbar zu machen.
- Und so, wie wir vor unseren Schülern unsere innere Betroffenheit, unsere Angst zeigen sollten, sie mit dieser Betroffenheit ansprechen sollten, müssen wir versuchen, auch außerhalb unserer Klassenzimmer und Seminarräume unseren Standpunkt darzulegen.

Axel Gehring
Lehrer für den Frieden, Postfach 3221, 5010 Bergheim

Dazu zwei Beispiele:

1. „Elternbrief“

Möglichst in Absprache und gemeinsam mit anderen Kollegen verfassen diese ein Schreiben an die Eltern der eigenen Schüler, in dem sie einerseits ihre eigene Position bezüglich Raketenstationierung, Hochrüstung, Kriegsbedrohung o.ä. beschreiben und andererseits die Eltern zu einem Gespräch einladen, auf dem die beschriebenen Standpunkte diskutiert werden sollen. Möglichst mit Bekanntgabe des Hintergrundes, daß man im Zusammenhang mit seinem pädagogischen Auftrag sich nicht mehr in der Lage sieht, noch länger den „normalen“ Unterricht zu veranstalten ohne Stellung zu beziehen.

Diese Briefe müssen:

- auf eigenem Papier geschrieben sein
- mit eigener Maschine
- mit eigenem Porto versehen sein
- dürfen den Schülern nicht mit nach Hause gegeben werden.

Es sollte allgemein vermieden werden, daß die Aktion evtl. als schulinterne Veranstaltung oder gar Dienstveranstaltung angesehen werden kann.

Der Brief kann eine Einladung in die Schule beinhalten, wenn dies zuvor mit dem Vorgesetzten abgesprochen ist. Andernfalls sollte man sich nach einem geeigneten öffentlichen Raum umsehen.

Der Gesprächabend sollte unbedingt mit den interessierten Kolleg/inn/en gemeinsam abgehalten werden.

Beamtenrechtliche Konsequenzen sind zunächst nicht zu erkennen, weil ja so, wie beschrieben, die Aktion außerhalb der Schule stattfindet und natürlich auch jeder Beamte das Recht und die Pflicht hat, mit seiner Meinung in die Öffentlichkeit zu treten. Die Adressen der Eltern sollten nach Möglichkeit nicht über das Sekretariat in Erfahrung gebracht werden. Dies könnte vielmehr mit der jeweiligen SV gemeinsam besprochen und behandelt werden. Vertreter der SV könnten den Brief ggf. auch an die Schüler verteilen.

Zu dem Abend selbst könnte ein Vertreter der Friedensbewegung eingeladen werden, um bei evtl. befluchteter Unsicherheit in der Argumentation die Kollegen zu unterstützen. Die örtlichen Friedensinitiativen sind da sicher gerne behilflich, oder die DFG/VK.

2. „Alternativer Unterricht“

Im Zusammenhang mit den in nahezu allen beruflichen Bereichen entstandenen Friedensinitiativen (Fachleute: Naturwissenschaftler für den Frieden, Chemiker für den Frieden, Mathematiker für den Frieden usw.) lassen sich für alle Unterrichtsfächer alternative Unterrichtskonzepte entwickeln.

Die Vorgehensweise läßt sich am besten dergestalt entwickeln, daß man in seinem eigenen Fach den Richtlinien gemäß eine Unterrichtsreihe plant und erstellt. Diese U-Reihe bespricht man mit SV-Vertretern und entsprechenden „Fachleuten“ aus der Friedensbewegung, die möglichst alternative Konzepte und Ansätze dazu aufzeigen können.

Der Durchführung dieser Unterrichtsreihe entsprechend den Richtlinien-Vorgaben folgt eine SV-Veranstaltung mit Vertretern der Friedensbewegung, die diese Unterrichtsreihe/Unterrichtsinhalte kritisch von ihrem Standpunkt beleuchten und den Schülern darlegen, welche anderen Ansätze in ihrem Unterricht nicht besprochen worden sind.

Diese Form des Bekanntmachens mit Themen der Friedensbewegung sollte ebenfalls mit anderen Kollegen gemeinsam vorgeplant werden.

Im Anschluß an die SV-Veranstaltung könnten die betreffenden Kolleg/inn/en in einer Art Selbstverpflichtungserklärung vor den Schülern sich dazu bekennen, daß sie ab sofort die von den Vertretern der Friedensbewegung behandelten Aspekte in ihren Unterrichten berücksichtigen werden.

Unsere Arbeit ist auf Zukunft angelegt. Und selbst lesen und schreiben lernen erhält erst einen Sinn, wenn es für eine lebenswerte und zu verbessernde Welt geschieht. Laßt uns dem gemeinsam Rechnung tragen.

INITIATIVE FRIEDENSWOCHHE HEILBRONN

Im Rahmen der bundesweiten Friedenswoche von "Aktion Sühnezeichen" veranstaltet die Initiative Friedenswoche ihre inzwischen

10. Heilbronner Friedenswoche

vom 9. - 20. November 1985.

Die INITIATIVE FRIEDENSWOCHHE HEILBRONN besteht aus Einzelpersonen, die überparteilich und unabhängig arbeiten. Unsere Arbeit ist geprägt durch den Satz Martin Luther Kings **"Es gibt keinen Weg zum Frieden - Frieden ist der Weg"**. Unsere Friedenswochen sollen ein Stück dazu beitragen, dem Frieden als einem **"Zustand der Gewaltfreiheit bei gleichzeitiger sozialer Gerechtigkeit"** näherzukommen. Wir sind uns darüber einig, dieses Ziel nur mit gewaltfreien Mitteln anzustreben. Innerhalb der Friedenswochen wollen wir

- aufzeigen, was Frieden verhindert,
- Kriegsursachen sichtbar machen,
- der Bevölkerung, die mit der Aufrüstung (insbesondere der Supermächte USA und SU) verbundene Kriegsgefahr bewußt machen,
- auf die Gefährdung der Heilbronner Bevölkerung durch die Atomrampe Waldheide hinweisen,
- Alternativen zur militärischen Verteidigung darstellen,
- Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen für den Frieden sichtbar machen.

Wir verstehen die Friedenswoche auch als Forum für andere Friedensgruppen im Stadt- und Landkreis Heilbronn und laden alle Gruppen und Einzelpersonen herzlich ein, sich daran durch eigene Beiträge zu beteiligen. Um das Programm der

Friedenswoche koordinieren zu können, bitten wir alle Gruppen, die für den Friedenswochen- Zeitraum Aktivitäten planen, uns dies möglichst bis zum 20. Oktober 1985 mitzuteilen. Danach werden wir ein Programm erstellen und die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn sich möglichst viele Gruppen an der Friedenswoche beteiligen würden.

Kontaktadresse: Wolfgang Eichler, Karl-Jäger-Str. 7a, 7100 Heilbronn
(Tel. HN/576042)

WER NÖTIGT -

Nachdem nun die ersten Strafbefehle wegen Hausfriedensbruch rausgegangen sind und es schon zu einem Prozeß gekommen ist, ist wohl in der nächsten Zeit mit Strafbefehlen wegen Nötigung, sprich Blockaden zu rechnen. Darum werden wir uns hier und in den nächsten Rundbriefen ein wenig diesem Thema widmen. Das heißt ein paar Informationen und Beispiele zu Strafbefehl, Gerichtsverhandlung, Nötigungsparagraf, Knast usw. Dies ist ein ziemlich umfangreiches Thema und kann hier immer nur kurz angeschnitten werden. Wenn Ihr also noch Fragen habt oder weiteres wissen wollt, meldet Euch!

Strafbefehl

Wenn sich die Staatsanwaltschaft zu strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahmen entschließt, kann ein Strafbefehl zugestellt werden. Gegen diesen Strafbefehl kann innerhalb einer Woche nach Zusellung Einspruch eingelegt werden. Wird kein Einspruch eingelegt, muß die Geldstrafe bezahlt werden. Wird gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt, kommt es zur Verhandlung vor dem zuständigen Amtsgericht. Trotz der derzeit schlechten Aussichten in der ersten Instanz (Amtsgericht) halten wir es für wichtig, daß wir uns vor Gericht gegen die Strafbefehle wehren. Wir müssen unseren Widerstand auch vor die Gerichte tragen und uns zäh und penarrlich gegen diese Art von politischer Justiz zur Wehr setzen. Wir müssen immer wieder deutlich machen, daß wir uns auf eine höhere Legitimität berufen, als uns dies die politische Justiz zugestehen will. Es stehen im Moment noch Urteile der höheren Instanzen zu Blockaden in Großengtingen, Stuttgart und Neu-Ulm aus. Auch die deswegen bereits vom Bundesverfassungsgericht zur Verhandlung angenommene Verfassungsbeschwerden sind noch nicht entschieden.



Wer den Strafbefehl annimmt und zahlt, kann bei einer positiven Entscheidung dieser Instanzen kein Geld mehr zurückfordern. Eine Berufung oder auch den Einspruch gegen den Strafbefehl könnt Ihr jederzeit vor der Verhandlung wieder zurückziehen, ohne daß Euch deshalb Kosten entstehen. Deshalb auf "jeden Fall" Einspruch einlegen, um die einwöchige Einspruchsfrist zu wahren. Es werden zumindest einige Musterprozesse mit anwaltlichem Beistand in höheren Instanzen vorangetrieben.

HIER WEN?

Ablauf der Hauptverhandlung

Eine Hauptverhandlung beginnt immer mit den Fragen zur Person: Name, Wohnort, Beruf, Einkommen zwecks Errechnung der Tagessätze (sinnvoll ist es dieses möglichst gering angeben). Nach Verlesung des Strafbefehls durch den Staatsanwalt beginnt die Beweisaufnahme durch das Gericht. Zunächst werdet Ihr gefragt, ob Ihr die "Tat" zugebt, und welche Motive Ihr hattet. Hier solltet Ihr Euch unbedingt Gedanken machen, ob Ihr die Blockadeteilnahme zugebt und damit einen Teil der Beweislast von der Staatsanwaltschaft nehmt. Ihr könnt dann immer noch die Rechtswidrigkeit Eures Handelns bestreiten und Eure Motive erklären. Denkbar wäre auch, die Anwesenheit vor dem Tor einzuräumen, die politische und persönliche Gründe dafür zu erklären. Zum genauen Hergang jedoch keine Angaben zu machen, dies ist Euer Recht. Die Staatsanwaltschaft hat dann die ganze Beweislast. Angesichts der schlechten Erinnerung vieler Zeugen ist dies vielleicht gar kein schlechtes Vorgehen. Nach Eurer Aussage werden die Zeugen vernommen. Ihr habt das Recht, die Zeugen zu befragen.

Dabei kann man/frau dies durch geschickte Fragen in Widersprüche verwickeln. Wirkungsvoll sind auch Fragen, ob man/frau nach Ansicht der Zeugen Gewalt angewandt habe, oder verwerflich gehandelt habe. Während der gesamten Verhandlung hat man/frau das Recht selbst Beweisanträge zu stellen. Das heißt die Vernehmung weiterer, auch eigener Zeugen oder die Heranziehung geeigneter Beweismittel zu beantragen. Ihr solltet jedoch jeweils kurz begründen, was Ihr mir Eurem Beweisantrag beweisen wollt, denn der Richter kann ihn auch ablehnen. Sinnvoll ist auch, mit eigenen Beweisanträgen bis nach der Vernehmung der geladenen Zeugen zu warten. Hierzu ist es jedoch sinnvoll, vor der Verhandlung eine(en) Anwalt(in) zu befragen. Nach dem Abschluß der Beweisaufnahme hält der Staatsanwalt sein Plädoyer. Ist man/frau mit eine/m/r Anwalt/in in der Verhandlung, hält diese/r nach dem Staatsanwalt sein/ihr Plädoyer.

Zum Abschluß habt Ihr dann noch einmal Gelegenheit zu entgegnen und Euer Schlußwort zu sprechen. Hier empfiehlt es sich nacheinander besonders auf die Frage einzugehen warum man/frau sein/ihr Handeln für nicht rechtswidrig, für legitim hält, auch in Eurem Schlußwort habt Ihr erneut Gelegenheit sogenannte Hilfsbeweisanträge zu stellen, für den Fall, daß das Gericht Euch nicht glauben will. Nach einer kurzen Pause, in der der Richter über das zu fällende Urteil "nachgedacht" hat, wird nun im Namen des Volkes wozu wir aufzustehen haben (!) haben, das Urteil verkündet.



Mögliche rechtliche Konsequenzen

- Blockieren kann wegen Nötigung strafbar sein.

- Erwachsenenstrafrecht: Nötigung (§240), bis zu 3 Jahren

Freiheitsentzug bzw. Geldstrafe

Die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe muß nur bei Vorbestrafung in Betracht gezogen werden, dann jedoch "nur" ca. 1 Jahr.

Die Geldstrafe beträgt erfahrungsgemäß 10-30 Tagessätze. Den Betrag eines Tagessatzes erhält man durch Division des mon. Nettoverdienstes durch 30.

- Jugendstrafrecht: Mögliche Strafen sind Ermahnung, Arbeits-einsatz, Geldbuße oder Jugendarrest.

Eine Geldbuße ist i.a. nur bei Jugendlichen mit Einkommen zu erwarten. Schüler können mit Arbeitsstunden rechnen. Jugendarrest ist nur in extremen Fällen (z.B. Aktive Gewaltanwendung) zu erwarten.

- 18-21 Jahre: Verurteilung auch nach dem Jugendstrafrecht möglich, jedoch wenig wahrscheinlich. Nach Verurteilung nach dem Erwachsenenstrafrecht wird für Betroffene ohne Einkommen als Tagessatz ein Betrag von ca. 5-10 DM eingesetzt.

FOLGEN: - Schüler: Die Teilnahme an einer Blockade hat rechtlich keine Folgen für den Schulbesuch. Für die Eltern Minderjähriger entstehen keine rechtlichen Folgen.

- Studenten: Konsequenzen abhängig von der Uni-Satzung. Sind jedoch erst nach einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mind. 1 Jahr zu erwarten.

- Beamte: Bei Beamten auf Lebenszeit, Probe und Angestellten im öffentlichen Dienst wird nach dem Disziplinarrecht geurteilt. Disziplinarrechtliche Maßnahmen sind jedoch nur nach Verurteilung zu mind. 10 Monaten Freiheitsstrafe zu erwarten. Vorstrafen können für die Einstellung im öffentl. Dienst in Betracht gezogen werden.

16

- Sonstige Arbeitnehmer: Die Teilnahme an einer Blockade ist kein Kündigungsgrund.



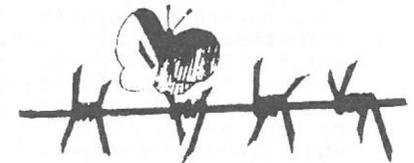
Nach jeder Verurteilung ist man an sich vorbestraft, eingetragen in das Bundeszentralregister, die Stelle von der man das polizeiliche Führungszeugnis bekommt, wird jedoch erst nach einer Verurteilung zu mindestens 90 Tagessätzen.

(Bei einfacher Nötigung liegen die Tagessätze meist darunter.) Eine Eintragung findet auch statt, wenn man mehr als einmal wegen der selben Sache verurteilt wurde, auch wenn die Tagessätze unter 90 Tagen bleiben, d.h. finden 2 unabhängige Verhandlungen zur Nötigung mit Verurteilung statt, folgt Eintrag, nicht jedoch wenn in einer Verhandlung 2 Nötigungen verhandelt und verurteilt werden.

Wird man bei einem Vorstellungsgespräch, z.B. für einem Job nach Vorstrafen gefragt, muß man eine einmalige Verurteilung nicht angeben, erst wenn eine Eintragung im Bundeszentralregister besteht.

Letzte Neuigkeiten:
Ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch wurde nach Zahlung einer Geldbuße von 150,- DM an die Staatskasse eingestellt.
Die Betroffene erreichte dies, nachdem sie persönlich im Amtsgericht war und dort mit einem Richter sprach!

Vorstrafe



17

ANKLAGE VON DREI LEUTEN DER ARCHE-GRUPPE WEGEN

HAUSFRIEDENSBRUCH = HAUS - FRIEDENS - BRUCH

= ICH GEHE IN DIESES HAUS UND WÜCHTE
FRIEDEN HINEIN BRINGEN

Am 14.4.85 haben 6 Menschen der Arche-Gruppe den Hochsicherheitsbereich des Raketenstationierungsgeländes Waldheide betreten. Sie sind über den ersten Zaun bei der QRA-Stellung gestiegen, um Blumen und Kartoffeln zu pflanzen, Samen zu säen und mit einem Kreuz an die 3 getöteten Soldaten vom 11.1.85 zu gedenken.

Am 19.9.85 standen drei von ihnen wegen Hausfriedensbruch vor dem Heilbronner Amtsgericht. Der Gerichtsaal war von interessierten Menschen überfüllt.

In der knapp 3 Stunden dauernden Verhandlung haben sie Ihre Beweggründe für diese Aktion und ihre Lebenseinstellung eindrucksvoll und überzeugend erklärt.

Was hat die Arche-Leute zu dieser Aktion bewegt ?

Sie wollten mit ihrer Aktion Todesland in Lebensland verwandeln und Zeichen des Lebens in eine Zone bringen, die nur Vernichtung als Ziel haben kann. Von dieser Zone geht tagtäglich eine solche Gefahr aus, daß niemand von uns diese genau ermessen kann. "Wir wollen unsere Verantwortung, die wir gegenüber der Menschheit und Gottes Schöpfung empfinden, zum Ausdruck bringen. Diese Aktion ist Teil einer Vorbereitung auf soziale Verteidigung, die wir als einzige Alternative zur bestehenden Militär- und Machtpolitik sehen."

Wenn Menschen wegen Hausfriedensbruch vor dem Richter stehen, weil sie Lebenszeichen in einem Todesstreifen setzten, muß sich für alle - gerade für Richter und Staatsanwalt - die Frage nach Recht und Unrecht eines solchen Handelns stellen.

Was "Recht und Unrecht" ist, besagen die Gesetze und ihre Vertreter. Doch sind diese Gesetze immer rechtens? Ein "Angeklagter" verwies hierbei auf Gesetze des 3. Reiches, die verheerende und mörderische Folgen hatten, ebenso auf die Apartheitsgesetze in Südafrika, die menschen- und lebensunwürdig andersgleich sind. Beweisen uns diese Gesetze nicht ganz deutlich die Notwendigkeit eines Umdenkens, Gesetze zu überschreiten oder bestehende Gesetze als legale Handlungsgrundlagen anzuerkennen (s. GG, Art. 26). Wie lächerlich ist die Verurteilung von Menschen, die mit tiefer innerer Überzeugung Blumen pflanzen auf einem Stück Land, auf dem Raketen stehen, die uns jede Minute den Tod bringen können und die dafür Verantwortlichen uns ohne Einschränkungen weiterhin unbestraft bedrohen dürfen.

Richter Johanning stellte des öfteren die Frage "...warum mit strafbaren Mitteln, wo es doch so viele legale Mittel gibt?" (Demonstrationen, Petitionsrecht).

Die "Angeklagten" gaben zu, diese Aktion ganz bewußt durchgeführt zu haben. Sie ist nur eine Station auf ihrem Weg, der zum Ziel hat, jegliche Bedrohung der Menschheit und ihrer Lebensgrundlagen zu beseitigen. Viele langandauernde Überlegungen, Auseinandersetzungen mit anderen Menschen und mit sich selbst gingen dieser Aktion voraus, wie auch Versuche mit legalen Mitteln bewußte Handlungen gegen diese Bedrohung bei den Menschen zu bewirken. So haben sich etwa 20 Menschen der Arche-Gruppe vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, von Schwäbisch Gmünd über Ulm nach Heilbronn zu gehen. Dabei haben sie mit vielen Menschen gesprochen, sich mit Andersdenkenden auseinandergesetzt, um sich selber klarer über ihre Philosophie zu werden und um andere von ihren Gedanken, Mitteln und Zielen zu überzeugen. Viele Erfahrungen, die sie auf diesem Weg sammelten, haben sie zu neuem Überlegen veranlaßt mit dem Ergebnis, daß legale Mittel allein nicht ausreichen können.

Sie sehen es als Notwendigkeit an und werden es auch weiterhin als notwendig betrachten, durch zivilen Ungehorsam gegen die bestehende Militär- und Machtpolitik anzugehen und immer wieder Zeichen des Lebens zu setzten.

Sie sind sich der Konsequenzen ihres Handelns bewußt, die ihnen durch eine Verurteilung entstehen können: Vorstrafen, evtl. Gefährdung des Arbeitsplatzes und der beruflichen Zukunft, Geldbußen oder Knast, extreme soziale und persönliche Einschränkungen... Und trotzdem wählen sie diesen Weg.

Mit der Anklage sehen die Arche-Leute auch die Möglichkeit, einen Richter und Staatsanwalt mit ihrer Argumentation zum Nachdenken zu bewegen. Sie hoffen, daß gerade bei diesen entscheidenden Rädchen in unserer Gesellschaft und Politik ein Umdenken einsetzt, das für ein lebenswerteres Leben, für ein Leben an sich Voraussetzung ist.

Auch sie können sich der traditionellen Rechtsprechung entgegensetzen und ungehorsam sein. Mit ein bißchen Mut, der durch Überzeugung wachsen kann, wäre so etwas möglich. In Äußerungen des Richters wurde deutlich, daß auch er mit einigen Dingen, die in der Rechtsprechung und in diesem Staat passieren, nicht zufrieden ist. Der Staatsanwalt, der sich eindeutig als treuer Diener seiner Pflichten, Paragraphen und der bestehenden Politik zu erkennen gab, dürfte wohl kein Stückchen von dem, was die Arche-Leute sagten, verstanden haben. Der Forderung des Staatsanwalts in seiner Anklageschrift gab auch Richter Johanning nach, wenn auch in gemilderter Form. Die drei wurden zu 8 Tagessätzen je 5 DM, 10 DM und 15 DM verurteilt.

Es hatte den Anschein, daß sich der Richter nur durch sein staats- und verfassungsgetreues Gewissen für dieses herkömmliche Urteil entschied. Sein ständiges Verweisen auf legale Mittel läßt den Eindruck entstehen, daß er von den geäußerten Beweggründen der drei persönlich betroffen war. Vielleicht war die Überzeugung von Richter Johanning in dieser Verhandlung noch nicht stark genug, um sich der traditionellen Rechtssprechung zu entziehen.

Die Arche-Leute waren sicherlich für viele im Raum eine Bereicherung, persönliche Ansichten zu überdenken bzw. zu festigen.

Rambo - Kriegshetze auch in Heilbronn

Verhindern wir, daß Rambo weiterhin in Heilbronner Kinos gezeigt wird!

Werum lä uft gerade dieser Film in unseren Kinos?

"Rambo der Rächen" ist ein amerik. Film, der schön 3 Wochen in Heilbronn lä uft. Mordend und metzelnd lä uft der CIA-Mann Rambo durch den vietnamesischen Dschungel auf der Suche nach gefangenen Soldaten der Sondertruppe "Green Berets", die im Vietnam-Krieg durch besondere Gruesamkeit gegenüber der Zivilbevölkerung bekannt geworden sind. Jetzt soll der verbrecherische Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk wieder als patriotische Tbt verkauft werden, auf die jeder Amerikaner stolz sein soll.

In San Franzisko haben US-Kriegsveteranen gegen diesen Film protestiert. er sei Propaganda und wolle Amerikas Jugend auf einen neuen, vietnamähnlichen Krieg vorbereiten, - Auch sie seien vor Vietnam mit ähnlicher Propaganda einer Gehirnwäsche unterzogen worden, "aber als wir nach Vietnam kamen, war es nicht wie im John-Wayne-Film. Wir fanden keine Demokratie. Wir wurden dazu verleitet, unser Leben zu opfern. Rambo dient dem gleichen Zweck" (Eduard Cohen, Vietnam-Veteran)

"Tod den Feinden Amerikas! Tod dem Kommunismus!". Das soll der Film uns beibringen. Darum läuft er auch in den deut. Kinos. Während in Genf von Frieden geredet wird, soll die Bereitschaft für den Krieg erzeugt werden. Wir lassen uns nicht für diese Kriegspläne einspannen!

Verbot des Filmes "Rambo der Rächen" in allen Kinos und Videotheken!

Die Heilbronner Friedensbewegung ist aufgerufen, am Sa, den 5. Okt.,

.....

20

ALTERNATIVEN ZUR RÜSTUNGS-PRODUKTION

Daß Rüstung Geld kostet, und daß darunter ein beträchtlicher Teil der Sozialleistungen "unseres Landes" leidet, braucht wohl nicht noch einmal ausgeführt werden. Die derzeitige Politik der Bundesregierung ist wohl Beispiel genug.

"RÜSTUNG SCHAFFT ARBEITSPLÄTZE",

so lautet eine weitverbreitete Vorstellung. Da heißt es u.a., daß die Rüstung und das Militär einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und zur Weiterentwicklung der Wirtschaft darstellen. Und gerade heute in einer wirtschaftlichen Dauerkrise heißt es doch, daß ein nachlassen bei den Rüstungsausgaben die Zahl der Arbeitslosen erhöhen würde.

Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze

1 Milliarde Dollar =
28000 Arbeitsplätze im
Militärbereich
(Produktion und Dienste)

1 Milliarde Dollar =
57 000 Arbeitsplätze
in der Konsumgüterindustrie

1 Milliarde Dollar =
71 000 Arbeitsplätze
im Bildungswesen

Quelle: UNO - Weltkampagne für Abrüstung

RÜSTUNG SCHAFFT ARBEITSLOSE

Einschlägige wissenschaftliche Untersuchungen machen deutlich, daß eine Erhöhung der Rüstungsaufwendungen tatsächlich einen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge hat, insofern begrenzte Mittel hierdurch anderen Verwendungsmöglichkeiten mit größerer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt, entzogen werden. Umgekehrt bietet eine Verringerung der Ausgaben für Waffen und militärische Ausrüstung die Chance für eine Senkung der Arbeitslosenzahl und eine Verbesserung der Wirtschaftskraft zum Nutzen der Arbeitnehmer.

Besonders deutlich wird diese Aussage durch die Untersuchung von Roger H. Bezdek, einem us-amerikanischen Volkswirtschaftler belegt. Bezdek hat in seiner Untersuchung die Auswirkung einer Erhöhung bzw. Senkung des US Verteidigungshaushaltes auf die Beschäftigungslage untersucht.

21

Bei einer Senkung der Verteidigungsausgaben um 30% und entsprechender Erhöhung der Zivilausgaben (Erziehung, Gesundheit, Soziales) würde dies eine Verringerung der Arbeitslosenquote um 2,1% bedeuten. Umgekehrt würde die Arbeitslosenquote sich um 1,7% über den derzeitigen Stand erhöhen, würde der Verteidigungshaushalt auf Kosten der übrigen Staatsausgaben um 30% erhöht.

In die gleiche Richtung weisen noch eine ganze Menge anderer Studien; und nur das Ausblenden alternativer Möglichkeiten der Verwendung der an Rüstung und Militär gebundenen Ausgaben ermöglicht - dies machen die o.g. Untersuchungen deutlich - den Galuben an positive Beschäftigungspolitische Effekte dieses Teils der staatlichen Aktivitäten, d.h. das bewußte Ausklammern der Alternativen führt zu diesem gefährlichen Denken "Rüstung sichert Arbeitsplätze".

Nun zeigen uns zwar die Untersuchungen, daß Rüstung nicht Arbeitsplätze sichert, sondern zu einer Erhöhung der Arbeitslosenzahl beiträgt. Natürlich könnte man die o.g. Beispiele durch weitere ergänzen aber bei allen bleibt die Frage, wie soll bzw. kann die Abrüstung durchgeführt werden?

ABRÜSTEN - ABER WIE ??

1. Abrüstung kann nur schrittweise durchgeführt werden! Zwar ist es das Ziel aller eine sofortige vollständige und umfassende Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen. Dies kann jedoch nur schrittweise geschehen, z.B. durch eine jährliche Senkung der Rüstungshaushalte um 3%, 5% oder 10% erreicht werden. Das wären dann für die BRD 1,08 - 1,8 Mrd DM bzw. 3,6 Mrd DM die dadurch frei würden und die anderweitig verwendbar wären.

2. muß eine schrittweise Abrüstung von sorgfältig konzipierten staatlichen Strategien zur Abfederung möglicher unmittelbarer Schwierigkeiten und zur Sicherung und Gestaltung der mittel- und längerfristigen Beschäftigungs- und Produktionsperspektiven begleitet werden, die mit der Umstellung der staatlichen Ausgaben zwangsläufig verbunden sind. Da der Staat der einzige Arbeitgeber des soldatischen und zivilen Militärpersonals und der Hauptauftraggeber der Rüstungswirtschaft ist, hat er bei Senkung der Rüstungsausgaben im personellen und sachlichen Bereich auch die Verantwortung für die Schaffung alternativer Arbeitsplätze in gleichem Umfang und mit gleicher Qualität zu übernehmen.

Schrittweise Abrüstung bedeutet also 1. die Verminderung der im militärischen Bereich, bei der "Truppe" und in der militärischen Verwaltung tätigen Personals, und 2. die Senkung der Produktion für den militärischen Bedarf.

ABBAU DES MILITÄRISCHEN PERSONALS (bis zur endgültigen Auflösung)

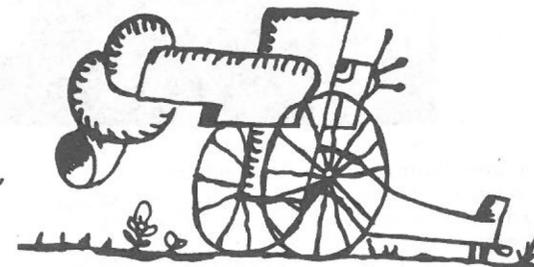
Der Abbau des militärischen Personals kann einmal durch erreicht werden, daß man z.B. die Wehrpflicht auf 12 und später auf 9 Monate verkürzt, und durch das Ausnutzen der natürlichen Fluktuation, d.h. ausscheidende Zeitsoldaten sowie auch das Verwaltungspersonal werden nur teilweise und nach einer gewissen Zeit der Umstellung überhaupt nicht mehr ersetzt. Als nächstes müsste dann beim Verwaltungspersonal darauf geachtet werden, daß sie entsprechend ihrer Qualifikation in Bereichen des öffentlichen Dienstes eingesetzt werden, z.B. Buchhalter, Sekretärinnen, usw. Der Abbau des Militärpersonals und die Verringerung der Wehrpflichtigen und Nichtersatz auscheidender Militärpersonen würde so wie dargestellt, keinerlei Qualifikations- und Umschulungsprobleme verursachen.

SENKUNG DER RÜSTUNGSPRODUKTION

Die Senkung der Produktion für den militärischen Bedarf teilt sich in zwei große Bereiche ein:

- einmal, die Produktion von Militärgütern die auch im zivilen Leben verwendbar sind
- Produktion von Gütern die nicht zivil verwendbar sind.

Die Anpassung der Produktion von Militärgütern die auch zivil verwendbar sind wie z.B. Elektrogeräte, Radargeräte usw. dürfte kaum Probleme verursachen.



Dagegen wird man bei der schrittweisen Abrüstung der Waffenproduktion auf Beschäftigungsprobleme stoßen. Waffensysteme wie das MRCA Tornado, oder des Alpha-Jet, des Kampfpanzer Leopard und der Fregatten, sind Güter die man im Zivilleben kaum verwenden kann, Abrüstung bedeutet hier Einschränkung oder Einstellung der jeweiligen Produktion. Zur Vermeidung der Vernichtung von Arbeitsplätzen muß daher an die Stelle der Waffenproduktion die Herstellung anderer Güter treten. Dabei ist darauf zu achten, daß die Qualifikationsanforderungen die gleichen bleiben. Hier haben britische und us-amerikanische Untersuchungen ergeben, daß der überwiegende Teil der in der Rüstungsproduktion anzutreffenden Qualifikation unmittelbar in ziviler Fertigung eingesetzt werden kann. Im schlimmsten Fall sei eine ergänzende Ausbildung von 6 Monaten nötig. Somit steht einer Umstellung auf Friedensproduktion nichts mehr im Wege.



Die Umstellung, die von den Medien als besonders schwierig dargestellt wird, ist im Prinzip nichts anderes als die Verlagerung von einem zum anderen Produkt im Zuge des strukturellen Wandels.

Im Vergleich mit anderen Umstrukturierungsprozessen gibt es hierbei sogar Umstände, die den Erfolg einer entsprechenden Strategie zur Erhaltung von Zahl und Qualität der Arbeitsplätze begünstigen:

1. da die Bundesregierung alleiniger Auftraggeber ist, kann sie schon durch Art und Weise der Auftragsvergabe Einfluß auf die Beschäftigungspolitik nehmen.

2. da die großen Rüstungskonzern zugleich auch im Zivilgeschäft tätig sind, besteht normalerweise auch die Möglichkeit beim Rückgang der Militäraufträge die Beschäftigten im zivilen Bereich einzusetzen. (siehe Siemens)

3. Die Tatsache, daß die großen Waffensysteme aus relativ unabhängig voneinander hergestellten Komponenten oder Baugruppen bestehen, die beim jeweiligen Generalunternehmer zusammengesetzt werden, stellt für die staatl. Abrüstungspolitik eine Erleichterung dar. Es ist nicht erforderlich, daß die Bundesregierung bei einem Unternehmen statt eines Waffensystems ein Produkt von ähnlicher technologischer Komplexität bestellt. Sie kann vielmehr bei den verschiedenen Firmen, verschiedene Produkte in Auftrag geben, die technologisch jeweils bestimmten Baugruppen von Waffensystemen entsprechen, in ihrer zivilen Verwendung jedoch nichts miteinander zu tun haben.

Fortsetzung folgt/ demnächst:
Umstellung am Beispiel der Kampfpanzer
politische Zusammenhänge und
Analysen



DER LANDESBEAUFTRAGTE FÜR DEN DATENSCHUTZ
BADEN-WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 09. Aug. 1985
Durchwahl (0711) 80 72- 36 93
Aktenzeichen: H 2710

Herrn
Thilo Weichert
Mitglied des Landtags
von Baden-Württemberg
Haus des Landtags
7000 Stuttgart 1

12. Aug. 1985

Betr.: Personenkontrollen am US-Raketenstützpunkt Waldheide
in Heilbronn

Bezug: Ihr Schreiben vom 24. Januar 1985
Mein Zwischenbescheid vom 06. März 1985

Sehr geehrter Herr Weichert,

Ich möchte Sie um Verständnis dafür bitten, daß es mir wegen der notwendigen Erhebungen bei der Heilbronner Polizei, vorübergehenden Meinungsverschiedenheiten über meine Befugnisse und starker Geschäftsbelastung erst jetzt möglich ist, Ihr Schreiben zu beantworten. Im einzelnen kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

1. Die Polizei führt auf der Waldheide in Heilbronn Personalienfeststellungen vor allem auf der Grundlage des § 20 Abs. 1 Nr. 4 des Polizeigesetzes (PolG) durch. Zwei der vier Voraussetzungen für die Anwendbarkeit dieser Vorschrift sind derzeit von vornherein erfüllt: Das Areal der US-Streitkräfte ist ein besonders gefährdetes Objekt und es gibt Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, daß in oder an US-Einrichtungen dieser Art Straftaten begangen werden sollen. Will die Polizei einen Bürger kontrollieren, müssen jedoch noch zwei weitere Voraussetzungen hinzukommen, nämlich daß

- er sich in unmittelbarer Nähe dieses Objekts aufhält und daß

- die Polizei die Identitätsfeststellung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Einzelfall für erforderlich halten darf. Auf diese ungeschriebene Voraussetzung hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in einem Urteil vom 31. März 1981 ausdrücklich hingewiesen. Konkret bedeutet dies: Es darf selbst in unmittelbarer Nähe des gefährdeten Objekts nicht jedermann kontrolliert werden. Voraussetzung ist allerdings auch nicht, daß der Betroffene einer Straftat verdächtig ist oder von ihm eine konkrete Gefahr für das Objekt ausgeht. Es genügt, daß sich ein Bürger auffällig/verdächtig verhält. Wegen der Einzelheiten stehe ich mit der Polizeidirektion Heilbronn noch in Verhandlungen. Anhaltspunkte dafür, daß die Polizeidirektion derzeit die genannten Grundsätze nicht beachtet, habe ich nicht. Ob sie von Anfang an so verfuhr, ließ sich bei einem Kontrollbesuch meiner Mitarbeiter am 12. Febr. 1985 aus verschiedenen Gründen leider nicht exakt klären.

2. Die Polizeidirektion hält die Personalien der Überprüften und den Anlaß der Überprüfung zum Teil in einer Anhalte-/Kontrollmeldung fest. Diese gelangt dann zum Dezernat Staatsschutz der Heilbronner Polizei, wo sie mit evtl. vorhandenen Erkenntnissen angereichert wird. Meldungen über Personen, über die keine polizeilichen Erkenntnisse vorliegen, werden vernichtet. Die übrigen Meldungen werden mindestens ein Jahr aufbewahrt. In datenschutzrechtlicher Hinsicht ist dazu folgendes zu bemerken:

Das Festhalten der Daten auf einem Blatt Papier und das Speichern von Daten in einer Datei sind Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen. Sie sind nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts nur zulässig, wenn es dafür eine verfassungskonforme gesetzliche Grundlage gibt. Sie kann derzeit nur in den §§ 1 und 3 des Polizeigesetzes (sog. polizeiliche Generalklausel) gesehen werden. Das bedeutet: Eine Registrierung ist nur insoweit zulässig, als es zur Abwehr einer konkreten Gefahr für das Objekt Waldheide erforderlich ist. Eine konkrete Gefahr ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vor allem immer dann anzunehmen, "wenn in dem zu beurteilenden Einzelfall in überschaubarer Zukunft mit dem Schadenseintritt hinreichend wahrscheinlich gerechnet werden muß."

Die Polizeidirektion Heilbronn hat auf meine Bitte hin versucht, die Voraussetzungen für die Speicherung in einer Dienstanweisung zu konkretisieren und zugleich einzugrenzen. Das jetzt vorliegende Ergebnis befriedigt noch nicht in jeder Hinsicht. Ich habe mich deshalb vor kurzem erneut an die Polizeidirektion Heilbronn gewandt und hoffe, daß sie meinen Vorstellungen in vollem Umfang Rechnung trägt.

3. Die Polizeidirektion Heilbronn hat mir gegenüber erklärt, sie habe bei der Übermittlung personenbezogener Daten an die US-Streitkräfte stets Zurückhaltung geübt. Für die Gegenwart dürfte dies zutreffen, für die Vergangenheit kann ich es nicht nachprüfen, weil früher die die Personenkontrollen durchführenden Polizeibeamten befugt waren, die Personalien der Betroffenen unmittelbar und ohne Protokollierung an die amerikanische Militärpolizei weiterzugeben. Mir ist ein Fall bekanntgeworden, in dem die Heilbronner Polizei Daten auf diesem Weg weitergab. Ich nahm ihn zum Anlaß, der Polizei eine Verfahrensänderung vorzuschlagen, die inzwischen verwirklicht ist: Eine Auskunft darf danach nur noch vom Leiter des Dezernats Staatsschutz bzw. dessen Vorgesetzten und nur dann schriftlich erteilt werden, wenn ein schriftliches Auskunftsersuchen der Streitkräfte vorliegt. Die restriktive Praxis der Heilbronner Polizei darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hürden für eine Auskunftserteilung nach geltendem Recht nicht sehr hoch sind: Nach Artikel 3 Abs. 1 des Zusatzabkommens (ZA) zum NATO-Truppenstatut "arbeiten die deutschen Behörden und die Behörden der Truppen eng zusammen, um die Durchführung des NATO-Truppenstatus und dieses Abkommens sicherzustellen." Die Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere "auf die Förderung und Wahrung der Sicherheit sowie den Schutz der Truppen, namentlich auf die Sammlung, den Austausch ... aller Nachrichten, die für diese Zwecke von Bedeutung sind" (§ 3 Abs. 2 ZA). Angesichts solcher Regelungen erscheint es verständlich, daß die vom rheinland-pfälzischen Landtag eingesetzte Enquete-Kommission zur Informationsbeschaffung und Informationsverarbeitung im Sicherheitsbereich in ihrem Abschlußbericht die Bundesregierung um Prüfung gebeten hat, ob das NATO-Truppenstatut einen ausreichenden Datenschutz gewährleistet (LT-Drs. 10/1338, S. 4).

Ich hoffe, daß meine Informationen für Sie von Interesse sind. Auf Ihr Schreiben zur Verarbeitung von Daten über EUCOM-Blockierer durch die Stuttgarter Polizei werde ich gesondert zurückkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Leuze
Dr. Leuze

INTERNATIONALES JAHR DER JUGEND

LANDESWEITE ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG ZUM NOVEMBERTHEMA "FRIEDEN"

PROGRAMM

- 3.11. Ausstellungseröffnung zu Nikaragua mit einem Vortrag von Prof. Greinacher Hans-Riesser-Haus zur "Theologie der Befreiung"
Die Ausstellung ist bis zum 9.11. zu sehen
- 8.11. Dritte-Welt-Fest mit Lateinamerikan. Musik Hans-Riesser-haus
- 9.11. 10.00 Uhr Ausstellungen zu "Rüstungsexport am Bsp. Paraguay", "Nikaragua" u.a. Info-, Büchertische, Musik Fußgängerzone
- 10.00 Uhr Abfahrt zur alternativen Stadtrundfahrt "Auf den Spuren des 3. Reiches" anschl. Gespräch mit Zeugen der NS-Zeit Bahnhof Gemeindehaus Peter und Paul
- 15.00 Uhr Mahnwache auf der Waldheide
- 18.00 Uhr "Hammerschlagtheater" Alte Kelter
- 19.30 Uhr Video zur Waldheide mit anschl. Publikumsgespräch mit Prof. Walter Jens, Kapitän Hundt und Vertretern örtl. Friedensgruppen zu: Waldheide 10 Monate danach Friedensbewegung am Ende ? Alte Kelter

28

SOLIDARITÄT MIT DEM FREIHEITSKAMPF IN SÜDAFRIKA (AZANIA)

Apartheid – Rassentrennung in der "Republik Südafrika" ist mehr, als daß Schwarze und Weiße unterschiedliche Parkbänke benutzen müssen. Apartheid bedeutet die totale Rechtlosigkeit der schwarzen Bevölkerung mit dem Ziel der intensivsten möglichen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter

So hat die rassistische Regierung das Land in scharf voneinander abgegrenzte Bezirke aufgeteilt. Um die "weißen Bezirke", in denen sich das fruchtbare Land, die Minen und Fabriken befinden, sind die "Townships" angeordnet, Slums, in denen nach Rassen und oft auch nach Geschlecht getrennt die Arbeiter leben.

Wer dort länger als 4 Monate arbeitslos ist, wer streikt oder "aufrührt", wird die "Homelands" abgeschoben. Diese Gebiete, unfruchtbar und ohne die Möglichkeit, sich dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sind den Schwarzen als "Heimat" zugewiesen. Neben den Arbeitslosen leben dort alle Schwarzen, die für die Farmer und Fabrikanten unnütz geworden sind: Alte, Witwen, Kranke... So kommt es, daß der beschäftigte schwarze Durchschnittsarbeiter acht Menschen zu ernähren hat, bei einem Lohn, der um 80% unter dem eines Weißen liegt.

72 Stunden darf sich ein Schwarzer in weißen Gebiet aufhalten – wenn er nachweist, Arbeit zu suchen. Wer 24 Stunden unerlaubt der Arbeit fernbleibt, kann mit 3 Monaten Gefängnis bestraft werden. Die Pässe der afrikanischen Arbeiter sind Weiterentwicklungen der sogenannten "Arbeitsbücher", die in Deutschland unter den Nazis benutzt werden mußten. Monatlich muß der Arbeitgeber in diesem Paß die Beschäftigung bestätigen; Rassenzugehörigkeit, der Fingerabdruck, die Teilnahme an Streiks sind in ihm erfasst. Mit diesem Paßsystem ist es für die Polizei möglich, jeden illegal Arbeitslosen und jeden "Störer" im Township zu erkennen und in die Homelands abzuschicken – wenn er nicht wegen Paßvergehen, der häufigsten "Straftat" in Südafrika, in den Knast wandert.

Betriebsbelegschaften, die sich gewerkschaftlich organisieren, werden nicht selten komplett entlassen, um durch Nichtorganisierte ersetzt zu werden. Überhaupt ist das Arbeits- und Gewerkschaftsrecht so eng gefasst, daß von den 653 Streiks in den Jahren 1979 – 81 ganze 3 legal waren. Teilnahme an illegalem Streik gilt als Entlassungsgrund.

Dennoch entwickelt die unterdrückte Bevölkerung Widerstand. Die Revolte 1985, die bisher stärkste und härteste Erhebung, zwang die Rassisten, die Repression durch Ausrufung des Ausnahmezustandes noch zu verschärfen. Über 600 Menschen wurden von Polizei und Militär ermordet. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes im August wurden 2000 Menschen festgenommen. Aber alle Unterdrückung konnte nicht verhindern, daß ganze Townships von Volkskomitees verwaltet werden, nachdem die Bevölkerung die weißen Statthalter samt ihren schwarzen Kollaborateuren davongejagt hat.

Südafrika führt nicht nur Krieg gegen das eigene Volk. Seit 1966 hält es völkerrechtswidrig Namibia besetzt und mit einer brutalen Kolonialherrschaft das namibische Volk unterdrückt. Die am 17.6.85 eingesetzte Marionettenregierung ist der jüngste Versuch, die Herrschaft des Rassistenregimes über Namibia zu verfestigen. Unzählige Male drang das südafrikanische Militär in Angola und Mosambik ein. Dort werden terroristische Banden wie Unita und Renamo mit Waffen und Geld ausgestattet, um die noch unabhängigen Frontstaaten von innen heraus zu destabilisieren und deren Rekolonialisierung einzuleiten. Erfolge sind bereits sichtbar. Anfang 84 mußten Angola und Mosambik Verträge unterzeichnen, die ihre faktische Unterwerfung gegenüber Südafrika beinhalten. Nach diesen Verträgen wäre Pretoria verpflichtet, seine Truppen aus Angola zurückzuziehen, trotzdem blieb bis heute ein 40 km breiter Streifen Angolas an der Grenze zu Namibia besetzt. Bei der Analyse der "Beziehungen" Südafrikas zu den Frontstaaten bleibt zu beachten, daß Südafrika als "potenteste" Wirtschaftsmacht Afrikas seine Interessen und Einflußsphären offensiv auszuweiten gedenkt. 80% des Landes sind "weiße Bezirke". Die Weißen stellen

15% der Bevölkerung. Wie kann sich eine solche Minderheit an der Macht halten? Tatsächlich würde das System des rassistischen Kapitalismus keinen Tag am Leben bleiben, wenn es nicht massive Unterstützung ausländischer Interessenten erfahren würde. Konzerne aus der BRD, aus USA und Großbritannien sind die größten Investoren in Südafrika. Banken aus diesen Staaten – die Dresdner Bank führend – haben das Regime mit Milliardenkrediten aufgerüstet. Vornehmlich Rüstungskonzerne wie Daimler, Magirus, MTU, Siemens, MBB rüsten und beraten Polizei und das Militär – Polizei und Militär, das Regime mit seinen Institutionen haben jahrelang für die höchsten Profitraten der Welt gesorgt. Die höchsten Profitraten der Welt, d.h. höchste Ausbeutung der Arbeiter bei niedrigsten Löhnen, das ist die eigentliche Funktion der Apartheid!

Auch ohne den Besitz der Atombombe wäre Südafrikas Armee die stärkste Afrikas. Mit dieser Armee und durch ökonomischen Druck hält Südafrika die Märkte des südlichen Afrikas offen für die Ausplünderungsabsichten der westlichen Industrienationen. Die Verbrechen, die die Rassisten aus Pretoria im südlichen Afrika begehen, sind nicht die Verbrechen eines isolierten, selbständigen Regimes. Für jegliche Ausbeutung, jegliche Unterdrückung, jeden Toten im Befreiungskrieg zeichnen die britischen, amerikanischen und die westdeutschen Imperialisten verantwortlich.

EG UND US-SANKTIONEN – HARMLOS WIE EIN FLIEGENBISS

Die "Sanktionen" der Reagan-Administration, die am 9.9.85 verkündet wurden, treffen die südafrikanischen Rassisten nicht. In den USA war zu hören, daß das Sanktionenpaket nicht dem Ende der Apartheid diene, sondern die Proteste in den USA zum Verstummen bringen sollen. Die wichtigste Sanktion – das Verbot von Krediten an die südafrikanische Regierung gilt nicht uneingeschränkt und kann durch die Vergabe dieser Kredite an private Strohmannern umgangen werden. Die EG blieb mit ihren "Maßnahmen" (der Begriff Sanktionen wird im Beschluß nicht gebraucht) weit hinter den Pseudoaktionen der USA zurück. Großbritannien schließt sich noch nicht einmal diesen Maßnahmen an! Für die BRD bedeuten diese Maßnahmen lediglich die Änderung des Kulturabkommens mit Südafrika sowie, daß die Regeln für den Export paramilitärischer Güter nach Südafrika angepasst werden müssen. Schon jetzt wird der größte Teil militärischer und paramilitärischer Güter zivil getarnt. Natürlich besteht ein Interesse des internationalen Kapitals an "Reformen". Schließlich sollen Bürgerkrieg und die Streiks aufhören, die der optimalen Verwertung des Kapitals im Wege stehen. Die Reformen müssen jedoch in einem Rahmen bleiben, die eine, dem Imperialismus freundlich gesonnene Regierung garantiert.



29

BANKEN UND APARTHEID D-MARK MACHT RASSISTEN STARK

Südafrika – zumindest die "weiße Wirtschaft" – gilt als reich. Tatsächlich jedoch steckt das Apartheidsystem in seiner schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten, von der politischen ganz zu schweigen. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich die Auslandsverschuldung auf 67,5 Milliarden DM verdoppelt. Horrende Militärausgaben durch die Kriege in fast allen Nachbar- und Frontstaaten; die militärische Besetzung Namibias kostet etwa 6 Millionen DM pro Tag sowie die Abhängigkeit von Ölimporten, jährlich 7 Milliarden DM, erforderte massive Unterstützung durch ausländisches Kapital. Investitionen in Schlüsselsektoren der südafrikanischen Wirtschaft und Infrastruktur konnten ebenfalls nur mit Anleihen und Krediten finanziert werden. Ferner wird versucht, die "Verschlechterung des Investitionsklimas", der Vertrauensschwund von Unternehmen in die Stabilität der Apartheid wegen des Bürgerkriegszustandes durch flüssiges Bankkapital (Anleihen) auszugleichen.

Bundesdeutsche Banken haben durch die direkte Finanzierung des Apartheidsystems erheblich an Einfluß gewonnen. 114 Anleihen (1972 – 1984), vergeben an halbstaatliche Unternehmen oder direkt an den Staat, im Wert von 4561,1 Milliarden DM brachten den BRD-Banken eine führende Position im internationalen Finanzsystem auf das Management (Betreuung) von Anleihen in Südafrika. Die Dresdner, Deutsche- und Commerzbank, die Berliner Handels- und Wechselbank und die Bayrische Vereinsbank gehören zu den zwanzig international größten Kreditgebern in Südafrika.

Westdeutsche Anleihen an Südafrika finanzieren Gesellschaften, die sowohl wirtschaftlich wie militärisch von erheblicher strategischer Bedeutung sind, da sie die Voraussetzung für das Funktionieren der staatlichen Kriegsmaschinerie schaffen. Hauptschuldner westdeutscher Finanziersinstitute sind:

- die staatliche Industrieförderungsgesellschaft IDC, die u.a. Schlüsselindustrien im Militärbereich finanziert
- der staatliche Strategische Öl-Fonds SOF, der die "Öl aus Kohle"- Anlagen SASOL teilweise besitzt und geheime Ölvorräte für zwei Jahre finanziert
- die halbstaatliche Eisen- und Stahlgesellschaft ISCOR, die Produzent von Grundstoffen insbesondere für die Rüstungsindustrie ist
- der staatliche Elektrizitätsgigant ESCOM, der nicht nur über 95% des südafrikanischen Stroms erzeugt, sondern auch das einzige Kraftwerk betreibt. Südafrika hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und damit seine Kernanlagen internationaler Kontrolle entzogen.
- die halbstaatliche Verkehrsgesellschaft SATS, der die Eisenbahn, Häfen, Flughäfen, Teile des Straßenlastverkehrs und Ölpipelines unterstehen
- die südafrikanische Regierung, zum Erhalt und Ausbau des Militär- und Repressionsapparats von Polizei und Geheimdienst.

Die Bankanleihen sind jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Ein anderer ist, daß bundesdeutsche Unternehmen in hohem Maß in Südafrika Investitionen tätigen und dazu Kapital, Auslandsinvestitionskredite benötigen. Zum Auslandsgeschäft der Banken gehört somit ferner die Außenhandelsfinanzierung. Die Bedeutung dieser Kredite für Südafrika darf nicht unterschätzt werden und dürfte den oben aufgeführten "Öffentlichen Anleihen" kaum nachstehen. Im Unterschied zu letzteren sind diese Südafrika-Bankgeschäfte nicht nachweislich. Die meisten dieser Exportkredite werden über private Banken oder ihr Konsortium, der Ausfuhrkreditgesellschaft mbH in Frankfurt abgewickelt. Ein großer Teil dieser privaten Exportkredite wiederum wird, besonders bei Ländern mit hohen "Risiken" durch Garantien und Sicherheiten von der "Hermes Kreditversicherung AG" abgedeckt, eine Institution, die unter Kontrolle der

Bundesregierung steht. Die Gesamtsumme der auf diese Weise gegebenen Hermes-Bürgschaften für Exportgeschäfte nach Südafrika betrug 1981 3,868 Milliarden DM. Schätzungen über bundesdeutsche Investitionen in Südafrika beginnen bei 4 bis 6 Milliarden DM (nur Direktinvestitionen) und reichen bis zu 14 Milliarden DM (einschließlich Re-Investitionen von Gewinnen).

Bundesdeutsche Banken sind zu einer der wichtigsten Stützen eines Rassistengesetzes geworden, das von der UNO mit dem Hitlerfaschismus auf eine Stufe gestellt wurde. Südafrikas Schicksal wird solange es die Massen nicht selbst in die Hand nehmen, außer Landes entschieden. In den Zentralen der Großbanken mit ihren engen Verflechtungen zu den Großkonzernen über Aufsichts- und Verwaltungsratsposten.

Banken – Aktionen 1985

Seit vier Jahren arbeiten verschiedene Gruppen und Organisationen, insbesondere die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland (EFD) und die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) zum Thema "Banken finanzieren Apartheid". Mit den Forderungen: "Kein Geld für Apartheid", keine Kredite, keine Anleihen, kein Verkauf von Platin und Gold und keine Anleihen, kein Verkauf von Kriegerrand-Goldmünzen fanden auch dieses Jahr phantasievolle Aktionen in einigen Städten der BRD statt. Da die Banken jedoch auf moralische Appelle nicht reagieren, wurden Initiativen in Stadt- und Gemeinderäten eingebracht, daß die Sparkassen keine Kreditkarten mehr machen und diese nicht mehr verkaufen dürfen. Gemeindevorstände sollten die Konten ihrer Gemeinden überprüfen und evtl. Anträge auf Kündigung bei bestimmten Banken stellen; Unterschriftenlisten mit der Forderung nach Auflösung von Konten bei Banken, die Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken, die im Apartheidgeschäft stecken, können für den notwendigen öffentlichen Druck sorgen. Übrigens: Bei welcher Bank haben Sie ihr Konto?



Termine

5.10.	Informationsveranstaltung des Blockadeforums auf dem Kiliansplatz morgens Ausstellung, Büchertisch...
5.10.	Gesprächskreis auf der Waldheide 18Uhr Grillhütte "Bakteriologische Waffen"
6.10.	Fasia Jansen singt auf der Waldheide
12.10.	Gesprächskreis auf der Waldheide 18Uhr Grillhütte "Boxberg - Bundschuh"
12.10.	Sonderzug zur Demo in München "Wackersdorf ist überall Gegen Atomenergie und Plutoniumwirtschaft" Infos bei den Grünen
12.10.	HNER FI Vortrag von Dieter Engel "Weltraumwaffen"
13.10.	10-12 Uhr DGB-Aktion vor Tor I 13-18 Uhr Landesberatung in Neckarsulm
14-19.10.	DGB-Aktionswoche
19.10.	Gesprächskreis auf der Waldheide Grillhütte 18Uhr "Anarchie"
19.10.	Gottesdienst Kilianskirche 18Uhr 15 "Stand der Genfer Verhandlungen"
20.10.	Friedensratbusfahrt in den Hunsrück
22.10.	Friedensrat Harmonie 20h
25.-27.10.	Schwerpunktblockade
30.10.	Vaihinger Blockade auf der Waldheide
9.11.	Podiumsdiskussion mit Kapitän Hundt und Prof. Jens Alte Kelter 19h 30
9.11.-20.11.	Friedenswoche

"Blockadeforum" donnerstags 20 Uhr Waldheide
"Gesprächskreis" samstags 18 Uhr Grillhütte Waldheide

"FI Lauffen" 1.+3. Donnerstag im Monat Herzog Christoff 20 Uhr
"FI Öhringen" 14tägig, montags in der Gaststätte Schillerplatz 20h
"FI Neckarsulm" donnerstags im Jugendhaus NSU um 19 Uhr 30
"Kriegsdienstverweigerungsberatung" der DFG-VK dienstags im Wilhelm-Waiblinger-Haus 19 h 30
"FI Sinsheim" 14tägig, mittwochs Gaststätte Stadtpark 20 Uhr
"FI Waldenburg" alle 14 Tage donnerstags Gaststätte Bergstühle 20 Uhr
"AK Frieden, Umwelt, Theologie" montags im evang. Gemeindehaus Obereisesheim 20 Uhr
"FI HN" alle 14 Tage montags im Eulenspiegel 20 Uhr
"Frauen für den Frieden" 14tägig mittwochs im Bella Donna 20 Uhr
"FI Schwaigern" trifft sich unregelmäßig - Kontaktadresse im Büro
"Ohne Rüstung leben" montags Frankfurterstr. 16/1, 19h30
"Frauenfriedensgruppe" 14tägig dienstags 20 Uhr VFR-Heim Grobbottwar
"Weinsberger Bürger für den Frieden" jeden 1. Dienstag des Monats Gaststätte Lamm oder Post in Weinsberg
"Pax Christi HN" unregelmäßig, Kontaktadresse: Roland Braun Tel. HN/576185
"Horkheimer Friedenskreis" jeden Freitag 19 Uhr Mahnwache auf der Waldheide vor Tor I anschließend um 20h 30 im evang. Paulus-Gemeindehaus Horkheim
"Frauenblockade" dienstags 18 Uhr Waldheide Tor I

KO - Treffen : 24.10.
WWH um 19³⁰